



## Inhalt

- 1. Königsbesuch aus Niedersachsen..... 2**
- 2. Klimapolitik als Mittel zur Enteignung..... 3**
- 3. Jahresbericht der Wehrbeauftragten ..... 3**
- 4. AfD verlangt Vetorecht bei Waffenexporten in Krisengebiete .... 4**
- 5. Drucksachen der AfD-Fraktion ..... 5**



## 1. Königsbesuch aus Niedersachsen

Demokratie lebt von Transparenz. Um einen Einblick in das politische Berlin zu erhalten und einmal hautnah eine Plenarwoche mitzuerleben, organisiert das Bundespresseamt Besucherfahrten zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Von Donnerstag bis Freitag hatte eine rund 30-köpfige Gruppe aus Niedersachsen das Vergnügen, den (Jörn) König im Deutschen Bundestag zu besuchen. Dabei war sicher einer der Höhepunkte das Gespräch mit dem Abgeordneten im Fraktionssaal der AfD. Wer sich schon immer mal gefragt hat, wohin die großen Fahnen auf den Ecktürmen im Reichstagsgebäude führen, der weiß nun zumindest, für eine der Deutschland-Fahnen, dass diese in vier große Lautsprecher im Fraktionssaal der AfD münden. Ein wirklich interessantes Bild.

Bei strahlendem Sonnenschein durfte nach einer interessanten Plenardebatte natürlich ein Besuch auf der Reichstagskuppel nicht fehlen. Ein Erlebnis, für den sich die Fahrt nach Berlin alleine schon lohnt.

Jörn König über den Besuch: „Wir haben uns in Berlin 2 schöne Tage gemacht. Es ist immer wieder eine Freude zu sehen, wie viele Mitglieder in Niedersachsen an den Besucherfahrten unserer Niedersächsischen Abgeordneten interessiert sind. Das sieht man dann auch an den spannenden Diskussionen mit vielen Nachfragen. Ich bin da persönlich auch immer ein bisschen stolz auf unseren Kreisverband und werde die Tage in Erinnerung behalten. Schön war auch das großartige Wetter, sodass uns die von der einen oder anderen Verwaltung in den Weg gelegten Steine nichts ausmachen konnten. Man darf sich schon fragen, wieso ganz kurzfristig der Besuch im Bundesrat abgesagt wurde. Mal war die Erklärung Krankheit, mal ein Autounfall der Mitarbeiterin für unsere Führung. Man erlebt hier also auch außerhalb des Plenarsaals wundersame Dinge, über die man nur den Kopf schütteln kann.“

Bei wem das Interesse an einer Besucherfahrt geweckt wurde, der brauch nicht allzu lange zu warten. Vom 21. Bis zum 22. September findet die nächste Reise in einer Plenarwoche statt. Wer nicht bis zur offiziellen Einladung warten möchte und sich schon jetzt einen Platz sichern will, kann sich gerne schon jetzt auf die Liste setzen lassen. Infos folgen.



## 2. Klimapolitik als Mittel zur Enteignung

Die Grüne Kohlepartei hat kurz nach der Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke ihren nächsten Schritt in Richtung einer völligen Umgestaltung unserer Gesellschaft getan. Nachdem die FDP nun nicht mal mehr zum Schein Widerstand leisten möchte, legt die Regierung nun einen Gesetzentwurf vor, der das Ende von Öl und Gas als Energieträger für Heizungsanlagen einläuten soll. 30 Millionen der knapp 40 Millionen deutschen Privathaushalte heizen zurzeit noch mit Öl oder Gas.

Die Pläne der Regierung werden voraussichtlich zu erheblichen Sanierungskosten für Bestandsimmobilien führen, was die Wohnungsnot in Zeiten von knappem und teurem Wohnraum noch verstärken dürfte. Die AfD sieht in diesem Vorhaben einen unzulässigen Eingriff in die Eigentumsrechte, da Hausbesitzer zu einem Umbau ihrer Heizungsanlagen verpflichtet werden und damit in eine stärkere Abhängigkeit von der sowieso schon fragilen Stromversorgung getrieben werden.

Jörn König meint: „Eine Regierung ist zuerst ihrem Volk verpflichtet und sollte sich wenigstens über die Auswirkungen ihrer Gesetzesvorhaben im Klaren sein. Bei dem vorliegenden Entwurf kann noch niemand abschätzen, welche Folgen zu erwarten sind. Wie viele Häuser sind gar nicht geeignet für den Einbau einer Wärmepumpe? Welche Gasversorgungsnetze sind in der Lage später auch Wasserstoff zu liefern? Diese und viele andere offene Fragen machen Investitionen in Deutschland zunehmend unattraktiver und stellen Erben und Eigentümer von Bestandsimmobilien vor immer größer werdende finanzielle Herausforderungen. Manch einer wird die finanziellen Lasten nicht stemmen können und die Immobilie zwangsverkaufen müssen.“

## 3. Jahresbericht der Wehrbeauftragten

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde im Bundestag ein sogenanntes Sondervermögen – gemeint sind neue Schulden – von 100 Milliarden Euro beschlossen, welches der Bundeswehr zugutekommen sollte. Nach dem Bericht der Wehrbeauftragten ist bisher nicht viel davon angekommen. Die Liste der Mängel ist dabei lang und lässt an der Einsatzfähigkeit unserer Armee zweifeln: Infrastrukturprobleme bei militärischen Anlagen und Truppenunterkünften, sanitäre Einrichtungen, Truppenküchen, Digitalisierung etc. sind nur einige der Problemfelder. Zusätzlich gibt es erhebliche Materialmängel durch die Lieferung von Munition und Waffen an die Ukraine.

Die AfD-Fraktion kritisiert darüber hinaus auch die Personalpolitik der Bundeswehr. Immer mehr wird Wert auf Diversität und generelle Repräsentation von Minderheiten innerhalb der Bundeswehr gelegt.

Die Soldatenkarriere rückt weiter in den Hintergrund, wohingegen Laufbahnen als Mediziner oder Techniker mehr und mehr beworben werden. All diese Punkte zusammengekommen sind genau entgegengesetzt zum dümmlich-aggressiven Auftreten der Außenminister-Darstellerin.

Jörn König meint: „Die derzeitige Regierung knüpft nahtlos an die Merkel-Zeit an, wenn es um die Bundeswehr geht. In den letzten Jahrzehnten wurde alles dafür getan, dass unsere Armee nicht mehr attraktiv für junge patriotische Männer ist, sondern vielmehr zu einer Regenbogentruppe transformiert wird. Auswüchse davon sind beispielsweise Panzer, welche auch für Schwangere umgerüstet wurden. Um den Frieden in Deutschland wahren zu können und auch deutsche Interessen im Ausland umsetzen zu können, sollte man sich an der Schweiz orientieren: Eine moderne und auch im Volk angesehene Armee und eine auf Neutralität bedachte gemäßigte Außenpolitik, die deutsche Interessen über fremde Angelegenheiten stellt. Leider fehlt uns im Moment beides.“

#### **4. AfD verlangt Vetorecht bei Waffenexporten in Krisengebiete**

Nach Art. 26 Abs. 2 Satz 1 GG dürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden. Grundsätzlich zuständig für eine solche Genehmigung ist der als Kabinettsausschuss eingesetzte Bundessicherheitsrat als kollegiales Entscheidungsorgan bestimmter Ressorts der Bundesregierung.

Seit dem 24. Februar 2022 mit dem Krieg in der Ukraine änderte sich durch die Genehmigung von umfangreichen Waffenexporten durch die Bundesregierung an eine Kriegspartei in einem Kriegsgebiet die bisherige verantwortungsvolle Genehmigungspraxis der Bundesregierung.

Aus diesem Grund fordert die AfD ein Vetorecht des Deutschen Bundestages bei Waffenexporten in Kriegs- und Krisengebiete. Um verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich eines zu starken Eingreifens in den Kernbereich der Exekutive vorzubeugen, fordert die AfD eine einfachgesetzliche Regelung über ein Vetorecht mit Abweichungsmöglichkeit der Bundesregierung. Der Deutsche Bundestag soll künftig also vor einer abschließenden Entscheidung über die finale Genehmigung seine Zustimmung, Enthaltung oder Ablehnung zum Ausdruck bringen.

Jörn König erklärt: „Wir dürfen uns von der Augenwischerei der bezahlten Staatsmedien nicht täuschen lassen. Deutschland begibt sich in verdammt gefährliche Fahrwasser mit diesem nahezu-militärischen Eingreifen im Ukraine-Krieg gegen Russland. Mittlerweile genehmigt die Bundesregierung den Polen sogar deutsche Kampffjetlieferungen aus DDR-Beständen an die Ukraine. Es fehlt nicht mehr viel und wir lassen uns von Amerika so tief reinziehen, dass wir da nicht mehr halbwegs unbeschadet rauskommen. Schon jetzt sind die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Europa massiv. Wir verlangen als AfD einen sofortigen Stopp und wollen mit dem Antrag auch ein Stück weit für Transparenz sorgen. Die Bundesregierung macht was sie will und das muss aufhören.“

## 5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/6158 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe in Baden-Württemberg im zweiten Halbjahr 2022 und Gesamtjahr 2022 -20/5955-
- 20/6221 [Drucksache als PDF](#) Nutzung von Abwärme von Rechenzentren in Deutschland -20/5638-
- 20/6224 [Drucksache als PDF](#) Schutz von Asylbewerbern christlichen Glaubens in Deutschland -20/5951-
- 20/6226 [Drucksache als PDF](#) Beschleunigter Rollout von intelligenten Zählern (Smart-Metern) -20/5954-
- 20/6231 [Drucksache als PDF](#) Initiative LEAM des Bundesverbandes Künstliche Intelligenz -20/5844-
- 20/6234 [Drucksache als PDF](#) Beschränkung von an Kinder gerichteter Werbung für Lebensmittel -20/5962-
- 20/6235 [Drucksache als PDF](#) Kabinettsklausur Schloss Meseberg März 2023 -20/5974-
- 20/6237 [Drucksache als PDF](#) Bauten- und Realisierungsstand der Bundesstraßen 6n, 87, 87n, 187 und 184 -20/5959-
- 20/6238 [Drucksache als PDF](#) Zuwanderung aus Österreich und der Schweiz -20/5804-
- 20/6244 [Drucksache als PDF](#) Aktuelle Vorwürfe bezüglich der Pfizer-Zulassungsstudie zum COVID-19-mRNAImpfstoff Comirnaty -20/5961-
- 20/6247 [Drucksache als PDF](#) Multilateralismus und Transformation -20/5666-
- 20/6256 [Drucksache als PDF](#) Anonymisierung der Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien
- 20/6257 [Drucksache als PDF](#) Keimbahneingriffe am Menschen
- 20/6263 [Drucksache als PDF](#) Revision des Verbraucherpreisindex – Rückwirkende Absenkung der offiziellen Inflationsrate für 2022 -20/5958-

- 20/6286 [Drucksache als PDF](#) Antifa-Gewalt in Budapest und mögliche Verbindungen zu L. E.
- 20/6295 [Drucksache als PDF](#) Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen
- 20/6296 [Drucksache als PDF](#) Vermeidung von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung
- 20/6297 [Drucksache als PDF](#) Auslastung der im Bundesjustizministerium beschäftigten Juristen
- 20/6298 [Drucksache als PDF](#) Strafanzeigen gegen aktuelle und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung
- 20/6299 [Drucksache als PDF](#) Durch die Bundespolizei in Thüringen aufgegriffene, sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen von Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2022
- 20/6301 [Drucksache als PDF](#) Pflicht der Bundesregierung zur frühestmöglichen, schriftlichen, umfassenden und fortlaufenden Unterrichtung des Bundestages bei Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- 20/6302 [Drucksache als PDF](#) Kinder als Täter
- 20/6303 [Drucksache als PDF](#) Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2022
- 20/6304 [Drucksache als PDF](#) Situation der kritischen Infrastruktur in Norwegen in Bezug auf die Pipelineverbindungen nach Deutschland
- 20/6305 [Drucksache als PDF](#) Bundesweite Durchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen
- 20/6307 [Drucksache als PDF](#) Trinkwassernotbrunnen in Thüringen, Stand: 31. Dezember 2022
- 20/6317 [Drucksache als PDF](#) Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien 2013 bis 2017
- 20/6266 [Drucksache als PDF](#) Hintergründe des Konnektorentausches im Gesundheitswesen -20/5879-
- 20/6308 [Drucksache als PDF](#) Geplante und sich bereits in der Ausführungsphase befindliche Bauprojekte
- 20/6337 [Drucksache als PDF](#) Reiseausweise für Flüchtlinge – Stand 31. Dezember 2022
- 20/6338 [Drucksache als PDF](#) Sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen im Jahr 2022, die in Baden-Württemberg von der Bundespolizei aufgegriffen worden sind
- 20/6339 [Drucksache als PDF](#) Berücksichtigung wissenschaftlicher Studien bei der Zulassung von COVID-19-Impfstoffen
- 20/6340 [Drucksache als PDF](#) Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) für die Bundespolizei

- 20/6352 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung und Bundesbeamten an Karnevalsveranstaltungen im Jahr 2023 (Nachfrage auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/6050)
- 20/6388 [Drucksache als PDF](#) Erbschaft- und Schenkungsteuer abschaffen
- 20/6143 [Drucksache als PDF](#) Auswirkungen der Asyl- und Migrationspolitik (Zuwanderungspolitik) -20/5891-
- 20/6351 [Drucksache als PDF](#) Die Folgen von potentiell zunehmenden Patentierungen von pflanzlichen Eigenschaften auf die deutsche Pflanzenzüchtung im Zusammenhang mit den neuen Züchtungsmethoden
- 20/6188 [Drucksache als PDF](#) Kommunen bei Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern am Ende – Fehlanreize durch seriellen Wohnungsbau stoppen
- 20/6319 [Drucksache als PDF](#) Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern -20/6021-
- 20/6321 [Drucksache als PDF](#) Vorkommnisse im Vorfeld der Anschläge auf die Nord-Stream-Leitungen -20/6076-
- 20/6322 [Drucksache als PDF](#) Änderung des Setzverhaltens beim Rehwild -20/6092-
- 20/6323 [Drucksache als PDF](#) Zustand der deutschen Brauereiwirtschaft -20/6095-
- 20/6324 [Drucksache als PDF](#) Informationspolitik der Bundesregierung unmittelbar nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Leitungen -20/6093-
- 20/6370 [Drucksache als PDF](#) Attraktivität der Gesundheits- und Sozialberufe (Wirtschaftsabschnitt Q)
- 20/6329 [Drucksache als PDF](#) Täter-Opfer-Verhältnisse bei Straftaten von Deutschen und Nichtdeutschen in Abhängigkeit vom Geschlecht im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 -20/6105-
- 20/6331 [Drucksache als PDF](#) Auswirkungen EU-europäischer und deutscher Russlandsanktionen auf die deutsche Bau- und Wohnungswirtschaft -20/6102-
- 20/6333 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Einführung einer Zuckersteuer in Deutschland -20/6109-
- 20/6345 [Drucksache als PDF](#) Verwendung von Glyphosat im Schienenverkehr -20/6108-
- 20/6347 [Drucksache als PDF](#) Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung -20/6137-
- 20/6393 [Drucksache als PDF](#) Impfpflicht bei der Bundeswehr
- 20/6396 [Drucksache als PDF](#) Wohnungsbau für Geflüchtete
- 20/6397 [Drucksache als PDF](#) Gasversorgung – Nachfragen zu den Bundestagsdrucksachennummern 20/2123 und 20/4194
- 20/6398 [Drucksache als PDF](#) Serielles und modulares Bauen vor allem im Hinblick auf Geflüchtete
- 20/6415 [Drucksache als PDF](#) Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern - Priorisierung der Wärmepumpen beenden

- 20/6416 [Drucksache als PDF](#) Eigentum vor Willkür in der Energiepolitik schützen
- 20/6417 [Drucksache als PDF](#) Wiederaufnahme der deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen
- 20/6418 [Drucksache als PDF](#) Heimische Nutztierhaltung erhalten – Betriebe beim Stallumbau unterstützen
- 20/6419 [Drucksache als PDF](#) Die drohende Rezession stoppen und ökonomisches Wachstum für deutsche Unternehmen und Bürger generieren
- 20/6421 [Drucksache als PDF](#) Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als Nationalen Gedenktag würdig begehen
- 20/6326 [Drucksache als PDF](#) Umgang mit für den menschlichen Verzehr vorgesehenen Insekten in Deutschland und in der Europäischen Union -20/5922-
- 20/6362 [Drucksache als PDF](#) Mobilität der Bundesregierung -20/5967-
- 20/6363 [Drucksache als PDF](#) Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege -20/5977-
- 20/6364 [Drucksache als PDF](#) Stadt- und Landschaftsgestaltung angesichts der Mobilfunktechnologie -20/6154-
- 20/6367 [Drucksache als PDF](#) Neueste journalistische Enthüllungen zu den Anschlägen auf Nord Stream -20/6161-
- 20/6372 [Drucksache als PDF](#) Dienstreisen der Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser -20/6171-
- 20/6458 [Drucksache als PDF](#) zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP -Drucksache 20/5549, 20/6457- Entwurf eines Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende
- 20/6144 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung steuerrechtlicher Vorschriften an die Folgen der kalten Progression